

Mitten in Deutschland gibt es ein Reich, das kaum jemand kennt, das „Königreich Deutschland“. Es wurde erst 2012 gegründet, hat aber schon 5000 Untertanen. Über sie herrscht ein von Gott berufener Monarch, „König Peter der Erste“, ein Parlament gibt es nicht. Das braucht es auch gar nicht, denn der „König“ versichert seinen Untertanen, er sei der „Menschensohn, der euch die Freiheit auf dieser Welt erschafft“. Gerade einmal ein Zehntel eines Quadratkilometers umfasst sein zerstückeltes „Staatsgebiet“ in Orten wie Wittenberg, Bärwalde und Eibenstock. Es ist umgeben von etwas, das die meisten als Bundesrepublik Deutschland kennen. Deren Gesetze haben im Reich aber nur Geltung, wenn der „König“ ihnen zustimmt, so steht es in seiner „Verfassung“. Bei ihm lasse sich all das machen, was „man da draußen nur noch schwerlich tun kann“. Es gibt keine Corona-Maßnahmen, keine Steuern und keine Inflation.

Der „König“ heißt mit bürgerlichem Namen Peter Fitzek. Er hat mal eine Ausbildung zum Koch gemacht und später als Karatelehrer gearbeitet. Ein bisschen wirkt er heute noch so, mit seinen langen, schwarzen Haaren, immer gebunden zu einem Pferdeschwanz, der ruhigen Stimme und den stechenden grünen Augen. Seit er sich 2012 selbst zum „König von Deutschland“ gekrönt hat, in einer skurrilen Zeremonie vor mehreren Hundert Anhängern, will er allerdings anders wahrgenommen werden. Im roten Königsmantel trat er auf, hinter ihm ein Thron, eine Krone und ein Zepter. So verkündete er: „Wir freien Männer und Frauen schaffen in diesem geschichtlichen Augenblick einen neuen deutschen Staat.“

Wer nicht weiß, wer die Anhänger des Königs sind, könnte sie leicht mit Ökobauern verwechseln oder linken Kommunisten. Einige leben im kleinen Dorf Rutenberg in der Uckermark, anderthalb Stunden nördlich von Berlin, inmitten einer hügeligen Seenlandschaft. Auf einem alten Gutshof, den sie „Naturescheune“ nennen, haben sie sich häuslich eingerichtet, mit Gemüseanbau im Vorgarten und Fahrradparkplatz hinter dem Haus. Nichts unterscheidet das rote Backsteinhaus von den anderen Einfamilienhäusern in Rutenberg. Nur, dass sich dort eben nicht nur eine Familie, sondern gleich mehrere einquartieren. Sie wohnen, essen und wirtschaften zusammen.

Das Leben ist einfach. Hinter dem Haus stehen Dixi-Klos, aus denen ein Arbeiter an diesem Märztag gerade die Notdurft absaugt. Eine Frau kommt aus der „Naturescheune“ gelaufen, mit einem Kleinkind auf dem Arm, und drückt dem Arbeiter einige Geldscheine in die Hand. Ihre Dreadlocks türmen sich in einem Dutt auf dem Kopf, zusammengehalten von einem Stirnband aus bunter Wolle. Eigentlich, sagt sie, spreche sie nicht mit Journalisten. Dann sagt sie doch: „Wir wollen hier das, was wahrscheinlich alle wollen: In Frieden leben, gesund leben, glücklich sein.“ Ihr Name ist Denise Ziemer. Ihr Mann Stefan tritt als Sprecher der Gemeinschaft in der „Naturescheune“ auf. Er ist außerdem Vorsitzender einer Genossenschaft, der mehr als 44 Hektar Acker- und Waldfläche vor dem Ortseingang von Rutenberg gehören – ein Areal so groß wie die Münchner Theresienwiese, auf der das Oktoberfest stattfindet. Heute ist das unebene Feld noch von verdorrtem Gestrüpp überwuchert, eines Tages aber wollen die Bewohner dort Obst und Gemüse anbauen.

Ein Nachbar, Mathias Duwenhögger, sagt: „Man denkt erst, das sind von Liebe erfüllte, friedliche Menschen.“ Schließlich zögen viele in die Uckermark, um alternativen Lebensentwürfen zu folgen. Irgendwann dämmerte Duwenhögger aber, dass diese Nachbarn anders sind: „Reichsbürger“.

Ziemer, die Frau mit den Dreadlocks, steht immer noch vor der Scheune. Auf die Frage, ob sie die deutsche Verfassung ablehne, antwortet sie nicht. Ein etwa 12 Jahre alter Junge, der mittlerweile in einer knallgrünen Allwetterjacke neben ihr steht, fragt: „Welche Verfassung?“ Und lacht. Ziemer lacht auch.

Ein anderer Bewohner kommt hinzu, er sagt, das Grundgesetz sei keine Verfassung und Deutschland somit kein Staat. „Deshalb ist es die Aufgabe jeder Gemeinschaft, sich selbst eine Verfassung zu geben.“ Wie das Königreich. „Wenn ich mich zwischen Peter Fitzek und einer Bundesrepublik entscheiden muss, deren Außenministerin Panzer in die Ukraine schickt, dann ist meine Wahl klar“, sagt der Bewohner.

Manchmal kommt der „König“, Peter Fitzek, persönlich vorbei in Rutenberg, standesgemäß im 7er BMW mit cremefarbenen Ledersitzen. Seine Gegner sind nicht nur der Staat und dessen Vertreter, sondern auch die Eliten – und Juden. Den Untertanen teilt er in Youtube-Videos mit, weltpolitische Krisen wie die Corona-Pandemie oder der Ukraine-Krieg seien von einer „jüdischen Endzeitsekte“ herbeigeführt worden. „Die Eliten“ würden den Geheimplan verfolgen, die Weltbevölkerung etwa durch die Corona-Impfung stark zu dezimieren.

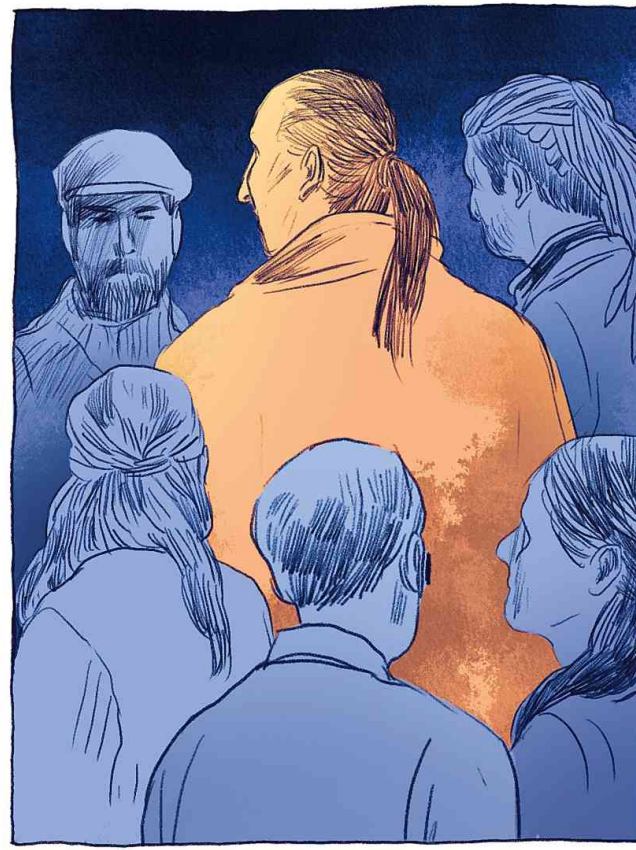
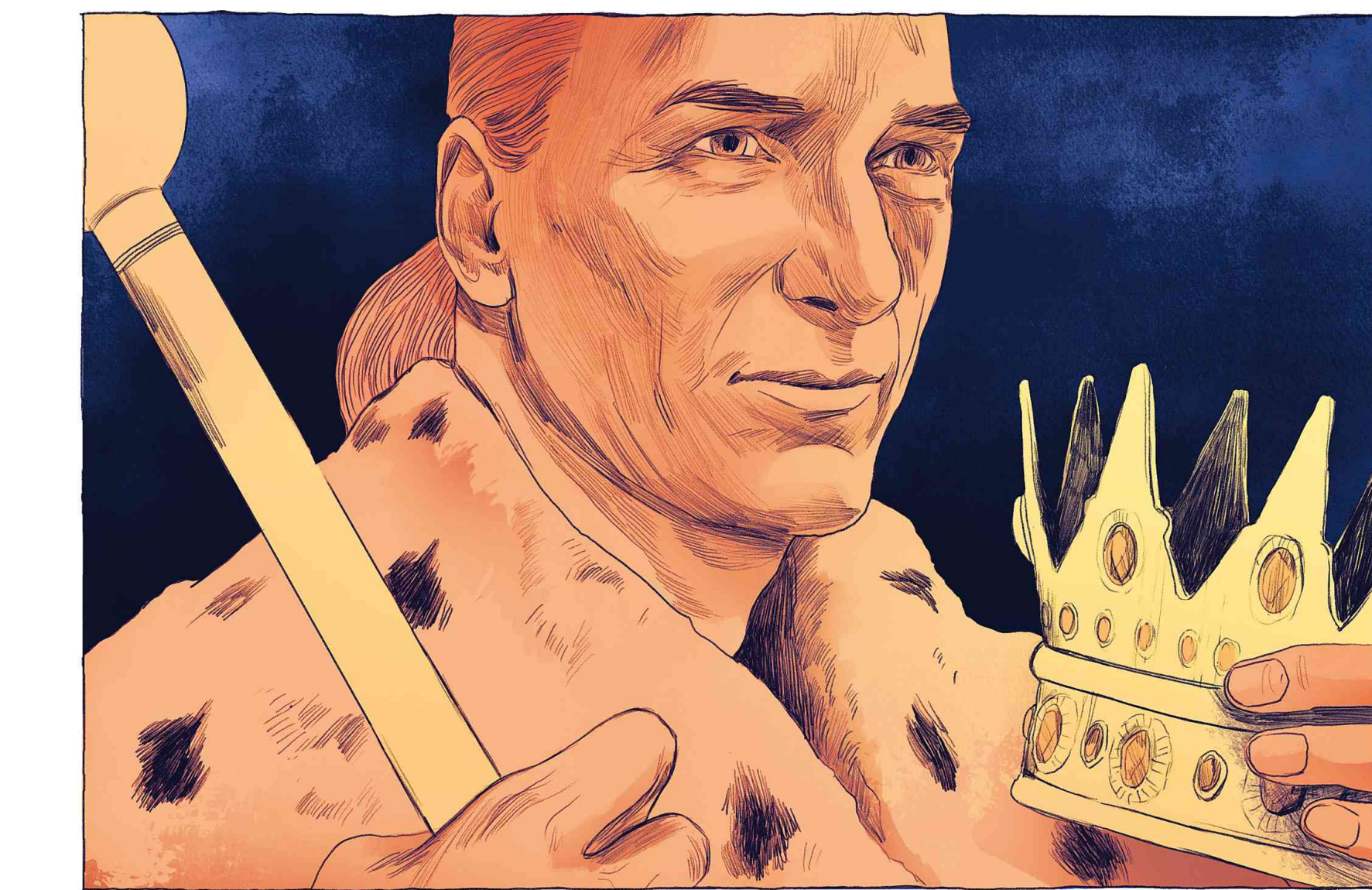


Foto: Thomke Meyer

# Peters Reich

In einem kleinen Dorf in Brandenburg will ein Karatelehrer neue Bürger für sein „Königreich“ gewinnen. Die Nachbarn möchten das verhindern. Aber das ist gar nicht so einfach.

Von Valentin Dreher

Denise Ziemer tut den Extremismus ab. Man sei natürlich nicht immer einer Meinung mit Fitzek, sagt sie. Trotzdem wollen die Familien der „Naturescheune“ sich ihm anschließen. In einem mittlerweile gelöschten Video verkündet ein enger Vertrauter Fitzeks, die Bewohner der „Naturescheune“ planten, mit ihrem landwirtschaftlichen Betrieb in den „Rechtseck des Königreichs“ zu wechseln. Fitzeks Imperium wäre dann wieder ein bisschen gewachsen und mit ihm der Einflussbereich seiner Ideologie.

Der brandenburgische Verfassungsschutz beobachtet mit Sorge, wie sich die „Untertanen“ des Phantasie-Königreichs in „vermeintlich rechtsfreie Räume“ zurückziehen. Laut dem Leiter der Behörde, Jörg Müller, spielt der 44 Hektar große Acker, den die Genossenschaft von Stefan Ziemer verwaltet, dabei eine besondere Rolle. „Das Areal ist Fitzeks Chance, landwirtschaftliche Erzeugnisse für all seine Anhänger zu produzieren – und das Zahlen von Steuern zu umgehen“, sagt Müller. Das selbstgesteckte Ziel des „Königreichs Deutschland“ sei es, durch die vollständige Autarkie alle Verbindungen zur Bundesrepublik zu kappen.

Fitzek umwirbt die potentiellen Untertanen. Die Genossenschaft ist laut Verfassungsschutz zerstritten und in mehrere Gerichtsprozesse verwickelt. Das „Königreich“ habe angeboten, die hohen Anwaltskosten zu übernehmen, wenn Fitzek die Fläche zu seinem Staatsgebiet erklären dürfe, glaubt Müller. Es gebe Hinweise, dass er eine Mehrheit in der Genossenschaft fast erreicht habe. Peter Fitzek wollte sich dazu gegenüber der F.A.S. nicht äußern.

Zur Strategie gehört auch, den eigentlichen Zweck der Grundstückskäufe zu verschleiern. Sein Kaufinteresse bekundet Fitzek über dubiose Vereine, die scheinbar keine Verbindung zum „Königreich“ haben. Nur selten tritt er bei der Akquise neuen „Staatsgebiets“ selbst in Erscheinung. Auch in Rutenberg ist das so. Wenn er nicht selbst vorbeikommt, lässt sich der „König“ durch seinen Gesandten Dirk Schneider vertreten.

Schneider ist eine Geschichte für sich. Er wurde in Sachsen wegen Betrugs verurteilt, hatte dort einen Raum für eine Hochzeit vermietet, war dazu aber ganz nicht berechtigt. In Brandenburg hat er schon mal versucht, mit perfiden Mitteln Kontrolle über ein Grundstück zu bekommen. Am Bogensee im Barnim

liegt ein riesiges Areal, auf dem unter anderem der verfallene Landsitz Joseph Goebbels und eine FDJ-Hochschule liegen. Die Gebäude sind seit mehr als zwanzig Jahren ungenutzt – und würden sich mit ihren monumentalen Säulen und großen Hallen perfekt als Außenstelle des „Königreichs“ eignen.

Fitzeks Gesandter Schneider beteiligte sich mit viel Aufwand daran, einen Verein aufzubauen, um das Areal wiederzubeleben. Ein veganes Restaurant und ein Gesundheitshaus sollten hier entstehen, zudem Freiräume für Kulturschaffende – so versprach es zumindest das öffentliche Konzept. Zahlreiche Künstler aus Berlin, wie der Regisseur Armin Beutel, schlossen sich dem Verein voller Tatendrang an, ohne Böses zu ahnen. „Er hat uns immer wieder gesagt: Wir müssen wirklich aufpassen, dass unser Projekt nicht durch Reichsbürger unterwandert wird“, sagt Beutel. Dass Schneider selbst der Szene angehört und seinem „König“ diene, habe er erst durch Recherchen von „T-Online“ erfahren. Er und seine Mitstreiter seien aus allen Wolken gefallen. Die Glaubwürdigkeit des Vereins sei zerstört, der geschichtsträchtige Ort bis heute ungenutzt, erzählt Beutel. „Schneider und seine

Leute haben eineinhalb Jahre Arbeit zunichtegemacht.“

Nachdem die Operation um die Goebbels-Villa scheiterte, versucht Fitzek nun in Rutenberg sein Glück. Hat er Erfolg, würde die „Staatsgrenze“ seines Phantasiestaates nur wenige Schritte vor Mathias Duwenhöggers Haustür verlaufen. Der ist nicht mehr sicher, ob er in Rutenberg bleiben will. Eigentlich habe er sich in dem ruhigen Dörfchen zur Ruhe setzen wollen, doch mit einem „Reichsbürgerstaat“ vor der Haustür habe er nicht gerechnet.

Als Fitzek im vergangenen August erstmals in Rutenberg auftauchte, war für Duwenhögger sofort klar: Gegen die Ansiedlung des „Königreichs“ müsse der Ort sich wehren. Er habe im Dorf auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht, sagt er, auch viele Male mit der Bürgermeisterin der Gemeinde telefoniert. Doch die unternahm erst einmal gar nichts. Schließlich hat in Deutschland jeder das verfassungsmäßige Recht, Grundstücke zu erwerben – auch wenn er die deutsche Verfassung ablehnt.

Das weiß auch Verfassungsschützer Müller. Aber er sieht die Gefahren. Was, fragt er, passiert denn, wenn Behörden versuchten, auf dem vermeintlichen

„Staatsgebiet“ des „Königreichs“ Recht und Gesetz durchzusetzen? Dass sich die Untertanen des Königs dann mit Gewalt wehrten, könne nicht ausgeschlossen werden. Die selbst geschriebene Verfassung des „Königreichs“ sieht einen Verteidigungsfall vor. Ruft der „König“ diesen aus, soll ein Freiwilligenheer das „Staatsgebiet“ verteidigen.

In Eibenstock im Erzgebirge hat Fitzek die Ansiedlung schon geschafft. Per „königlichem Dekret“ erklärte er im Januar ein pompöses Jugendstil-Schloss zu seinem „Staatsgebiet“. Das hatte ein Vertrauter Fitzeks für 2,3 Millionen Euro erworben. Solche und andere Anschaffungen werden finanziert durch Schenkungen seiner Anhänger, die sich teilweise für sechsstelligen Beträge in das „Königreich“ einkaufen – und kein Anrecht auf die Rückzahlung ihres Geldes haben. „König“ Fitzek residiert so nun im „Wolfsgrüner Schlosschen“, mit zehn Schlafzimmern, einer kunstvoll verzierten Eingangshalle und einem großen Park.

Wie in Rutenberg seien auch dort der Verwaltung die Hände gebunden gewesen, sagt Bürgermeister Uwe Staab. Man habe geprüft, ob die Gemeinde das Schloss nicht einfach selbst kaufen könne – doch das war weder rechtlich möglich, noch hätte die kleine Gemeinde mehrere Millionen Euro aufbringen können. Auch der Freistaat Sachsen konnte finanziell nicht helfen – „aus haushaltsrechtlichen Gründen“, heißt es aus Dresden. „Da fühlt man sich als kleine Gemeinde schon allein auf weiter Flur“, sagt Staab.

Ein Gefühl, das man in zwei weiteren sächsischen Gemeinden 150 Kilometer weiter östlich teilt. Auch in Boxberg in der Oberlausitz nutzt Fitzek ein Schloss als Unterkunft für seine Anhänger. Im nahen Reichenbach konnte der Ankauf eines in die Jahre gekommenen Hotels nur verhindert werden, weil die Gemeinde zufällig eine halbe Million Euro aus einem anderen Immobilienverkauf einnahm – und Fitzek das Grundstück kurzerhand vor der Nase wegkaufte.

In allen drei Fällen warnte allerdings nicht der Verfassungsschutz die Gemeinde, sondern umgekehrt die Gemeinde den Verfassungsschutz. Gegen die Ansiedlung von „Reichsbürgern“ habe auch der Verfassungsschutz keine Handhabe gesehen, sagt der damalige Boxberger Bürgermeister, Achim Junker. „Das hat uns etwas verwundert zurückgelassen.“ Er wünscht sich deshalb, dass Kommunen mehr Rechte zur Verhinderung dubioser Immobiliengeschäfte erhalten, etwa ein Einspruchsrecht.

Die Reichenbacher Bürgermeisterin Carina Dittrich braucht ebenfalls mehr Instrumente, um sich gegen antidemokratische Strömungen wehren zu können. Sie beobachtet entsetzt, dass bereits eine zweistellige Zahl von Bürgern ihren Personalausweis zurückgegeben hätten, um stattdessen die „Staatsangehörigkeit“ des „Königreichs“ anzunehmen. „Fitzek muss so eine Art Menschenfänger sein“, glaubt Dittrich. Auch zu diesem Vorwurf schweigt Fitzek auf Anfrage. Dittrich glaubt, vor allem in ländlichen Gebieten von Ostdeutschland fühlen sich viele Menschen einsam. Fitzek gebe ihnen das Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören.

In Rutenberg fürchten die Bewohner eine Unterwanderung ihrer Dorfgemeinschaft. Eine von ihnen, Ines Lehmann-Günther, sagt: „Das sind Feinde unseres Staates, die wir hier nicht haben wollen.“ Sie und rund 40 Mitstreiter gründeten im Dezember eine Bürgerinitiative, um der Bürgermeisterin klarzumachen: Die Verwaltung müsse jetzt entschieden handeln. Die Bürgermeisterin nimmt mittlerweile an den Treffen der Initiative teil, berief außerdem eine Krisensitzung mit Landkreis und Verfassungsschutz ein. Bei dem Treffen sei beschlossen worden, berichtet Jörg Müller vom Verfassungsschutz, dass bei der „Naturescheune“ alle Behörden in Zukunft ganz genau hinschauen. Melde- und Baurecht sollen konsequent durchgesetzt werden, die dort lebenden Kinder in Zukunft eine Schule besuchen müssen. Für Fitzeks Anhänger wäre das sehr unbequem. Eigentlich versuchen sie ja, vor staatlicher Kontrolle zu fliehen.

Im hessischen Hasselroth hat genau diese Methode schon einmal funktioniert. Bürgermeister und Anwohner protestierten gemeinsam gegen die Errichtung einer Außenstelle des „Königreichs“. Nach einem halben Jahr räumten die Fitzek-Anhänger freiwillig das Feld. Der Nachbar der „Naturescheune“, Mathias Duwenhögger, hofft, dass das auch in Rutenberg geschieht: „Ich glaube nicht, dass die Reichsbürger hier mit so viel Widerstand gerechnet hätten.“

Aufgeben will der „König“ nicht. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zeigen, dass Peter Fitzek deutschlandweit nach geeigneten Grundstücken zur Erweiterung seines „Staatsgebiets“ sucht. Im Auftrag des „Königreichs“ fragte ein dubioser Verein bei zahlreichen Kommunen nach, ob dort ein hektargroßes Grundstück zum Verkauf stehe, am liebsten eine ehemalige Kaserne oder ein verlassenes Dorf. Scheitert die Ansiedlung in Rutenberg, hat wahrscheinlich bald die nächste Gemeinde mit dem „Staat“ im Staate zu kämpfen.